



Niederschrift

I. Öffentlicher Teil

Sitzung	des Ausschusses für Bildung, Sport, Kultur und sorbische/wendische Angelegenheiten
Ort:	Stadthaus, Erich Kästner Platz 1, 03046 Cottbus, Ratssaal
Datum	02.10.2025
Beginn	17:00 Uhr
Ende	19:44 Uhr

Stadtverwaltung Cottbus/Chóšebuz

16.10.2025

Tagesordnung (Stand: 25.09.2025)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung
5. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Berichte und Informationen
 - 6.1. Projekt "Wirtschaft trifft Schule"
 - 6.2. Vorstellung der Arbeit der Schule für Niedersorbische Sprache und Kultur & aktuelle Entwicklungen
 - 6.3. Vom Kulturplan Lausitz zur Lausitz-Kultur
 - 6.4. Aktueller Stand: Multiprofessionelle Teams an Schulen
 - 6.5. Ganzjährige Zugänglichkeit von Sportplätzen
7. Vorlagen der Verwaltung
8. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 8.1. Budget der Jugendhilfeplanung für die Bereiche der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Förderung der Erziehung in Familien in der Stadt Cottbus/Chóšebuz
Vorlage: AT-36/25
 - 8.2. Antrag auf Bürokratieabbau in unseren Schulen
Vorlage: AT-32/25
9. Sonstiges
 - 9.1. Erste Informationen zur Kulturstrategie Cottbus/Chóšebuz
Anfrage des Kreisschulbeirates zur Schule des Zweiten Bildungsweges

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Herr Dr. Mario Kaun

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Katja Arnold, Herr Dr. Mario Kaun, Frau Kerstin Kircheis, Herr René Koch, Herr Felix Kotzur, Herr Michael Rabes, Herr Andy Schöngarth, Herr Dr. Hans Ulrich Wünsch

Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

Frau Yasmin Kirsten, Frau Marianne Spring-Räumschüssel, Frau Maja Wallstein

Sachkundige/r Einwohner/in

Frau Marika Berger, Herr Bernd Engler, Herr Maik Hoffmann, Herr Tobias Kahl, Herr Florian Neumann-Szonn, Frau Elke Puder, Herr Oliver Ringwelski, Herr Jan Schwarzer, Herr Heiko Selka, Frau Elke Wolff

Beratendes Mitglied des Kreiselternbeirats Cottbus

Frau Claudia Brunzel

Abarbeitung der Tagesordnung

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Kaun begrüßt die Anwesenden eröffnet die Ausschusssitzung um 17:00 Uhr

TOP 2

Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Der Ausschuss ist beschlussfähig:
ab 17:00 Uhr mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern,
ab 18:53 mit 10 stimmberechtigten Mitgliedern.

TOP 3

Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung wird ohne Änderungen bestätigt.

TOP 4

Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

Die Tagesordnung wird unter Ergänzung folgender Punkte unter TOP 9 Sonstiges bestätigt:

- Eine nachträgliche Ergänzung als TOP 9.2: In Session stehen die Anfrage des Kreisschulbeirates zur Schule des Zweiten Bildungsweges sowie die Antwort des Staatlichen Schulamtes zur Verfügung.
- Herr Schöngarth meldet Nachfragen zum Notfallreaktionssystem an.
- Herr Raab fragt nach Informationen zur MSA II.

TOP 5

Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

Es lagen keine Anfragen vor.

TOP 6

Berichte und Informationen

TOP 6.1

Projekt "Wirtschaft trifft Schule"

Dokument: Präsentation sowie Handouts für Schulen und Unternehmen

Dr. Maria Marquardt, Koordinatorin/Projektmanagerin Geschäftsbereich I, Stadtverwaltung

Dr. Marquardt führt zum Projekt aus, siehe Präsentation. Dieses Projekt wurde im Rahmen des Handlungskonzeptes Wirtschaft als Pilotprojekt initiiert. Frau Dr. Marquardt wirbt für das Projekt und dem Teilen der Informationen dazu. Rückfragen können gerne an Frau Dr. Marquardt gerichtet werden.

Frau Brunzel fragt nach der Finanzierung des Projektes. Dr. Marquardt führt aus, dass das Projekt keiner Finanzierung bedarf, da Unternehmen freiwillig und ohne Kosten mitmachen. Das Projekt wird aus dem GB I gestemmt und ist bisher gut händelbar.

Frau Wallstein fragt nach dem Feedback aus Schule und Unternehmern, die bisher daran teilgenommen haben. Frau Dr. Marquardt erklärt, dass das Feedback seitens der Unternehmer sehr gut ausfällt. Frau Wallstein erfragt ergänzend, wer die Aufsichtspflicht in den Schulen über die Klassen in dieser Zeit hat? Frau Dr. Marquardt erklärt, dass durch die Zielgruppe an den weiterführenden Schulen die teilnehmenden Unternehmer/innen die Projektzeiten in Schule selbstständig erbringen können.

Frau Puder erkundigt sich nach der Handhabung in Klasse 1 und 2, da diese nicht die Zielgruppe sind. Frau Dr. Marquardt erläutert, dass es in Grundschulen immer ein begleiteter Unterricht ist, z.B. im Fach WAT.

Herr Dr. Wünsch fragt nach der Menge der Ausfallstunden in Grund- und weiterführenden Schulen, und hält fest, dass wenn dies viele Stunden sind, es nicht besser wäre zuerst dafür zu sorgen, dass diese aufgefangen werden sollen? Er äußert die Bedenken, dass reguläre Unterrichtsstunden in Stunden Projektstunden mit Unternehmen umgewandelt werden.

Herr Engler fragt nach der Möglichkeit bei kurzfristigem Unterrichtsausfall und ob auch dann eine Projektnutzung möglich ist? Frau Dr. Marquardt erklärt, dass sobald sie durch die Schule kontaktiert wird, wird auf die Unternehmen zugegangen und diese angefragt. Es wird sich bemüht, auch kurzfristige Anfragen abzudecken, wenn die Unternehmen es möglich machen können.

Frau Wallstein findet das Konzept großartig, ist aber irritiert, dass es keine Aufsichtspersonen gibt, die die Stunden begleiten in Bezug auf empfängerorientierte Kommunikation. Frau Dr. Marquardt äußert Verständnis, erklärt aber, dass die aktuellen Unternehmen der Verwaltung bekannt sind und ihnen vertraut wird, diese Stunden angemessen zu gestalten. Sollte das Projekt im Zeitverlauf größer werden, müsste entsprechend angepasst werden.

TOP 6.2

Vorstellung der Arbeit der Schule für Niedersorbische Sprache und Kultur & aktuelle Entwicklungen

Dokument: Präsentation | [Thema aus der Jahresplanung 2025]

Ute Henschel, Leiterin der Schule für Niedersorbische Sprache und Kultur

Frau Henschel führt aus, siehe Präsentation (in größtenteils sorbischer Sprache).

Frau Wallstein fragt, ob sich bei den angebotenen Sprachkursen an Altersgruppen orientiert wird? Wie wird der passende Unterricht sichergestellt? Frau Henschel erläutert. Dass die überwiegende Anzahl der Dozentinnen und Dozenten ausgebildete Lehrkräfte sind und diese wissen, welcher pädagogische Bedarf vorherrscht und wie der Unterricht gestaltet werden muss. Auch darüber hinaus wird über die Schule und die Dozentinnen und Dozenten anhand unterschiedlicher Zielgruppen differenziert (z.B. Kurse für Hoteliers oder Hortner/innen).

Frau Arnold stellt ein großes Lob für die Arbeit von Frau Henschel und der Schule aus.

TOP 6.3

Vom Kulturplan Lausitz zur Lausitz-Kultur

Dokument: Präsentation | [Thema aus der Jahresplanung 2025]

Annalena Hänsel, Referentin Lausitz-Kultur-Koordinierungsstelle, Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

Frau Hänsel führt aus, siehe Präsentation. Hervorzuheben ist, dass es zwei Koordinierungsstellen gibt: jeweils eine auf Brandenburger Seite, angesiedelt bei der WRL, sowie auf sächsischer Seite, für den Kulturraum Oberlausitz. Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit im Prozess der Umsetzung des Kulturplans Lausitz. Zudem erfolgt einmal im Jahr die Umsetzung eines Kulturforums sowie permanent werden Beratungsleistungen bei Projektideen, Finanzierungsfragen etc. erbracht. Gebündelte Informationen, Kontaktdaten etc. sind unter www.lausitz-kultur.eu zu finden. Das nächste Kulturforum findet in der Kulturweberei Finsterwalde am 27.11.2025 statt. Nach aktuellem Stand wird in der zweiten Hälfte des Oktobers 2025 die nächste Ausschreibungsrunde der Förderung zum Kulturplan veröffentlicht (siehe ebenso Website), wobei die Vergabe der Fördergelder über eine Jury erarbeitet wird.

Frau Spring-Räumschüssel fragt nach der Zusammenarbeit mit dem Lausitz Festival sowie der Auswahl und Zusammensetzung der Jury? Frau Hänsel führt aus, dass das Lausitz Festival in der Arbeit von Frau Hänsel ein Akteur ist wie jeder andere im Lausitzer Raum, eine gute Zusammenarbeit besteht. Zur Zusammensetzung der Jury erklärt sie, dass Fachexpertinnen und -experten aus jeder Sparte der Kultur vorhanden sind und die Zusammensetzung auf der Website einsehbar ist.

Frau Arnold fragt nach dem geplanten sorbisch/wendischen (Kultur)Zentrum am Bahnhof und dem Stand dessen. Frau Hänsel verweist zu diesem Thema an die Wirtschaftsregion Lausitz (WRL).

TOP 6.4

Aktueller Stand: Multiprofessionelle Teams an Schulen

Dokument: /

Lars Greifenhagen, Johanniter-Dienste Berlin/Brandenburg gGmbH

Frau Radke, Johanniter-Dienste Berlin/Brandenburg gGmbH

Herr Greifenhagen und Frau Radtke führen aus. Zu Mitte September erfolgte eine Abfrage bei den Schulen zu einer kurzen Einschätzung, wie der Einstieg der MPT in den Schulalltag und die Zusammenarbeit bisher verlief. Alle Mitarbeitenden, die im letzten Schuljahr in den Schulen beschäftigt wurden, konnten weiterbeschäftigt werden. Vorherrschende strukturelle Herausforderungen: es war eine herausfordernde Sommerferienzeit mit mehreren Neueinstellungen, dem Schreiben von Arbeitsverträgen etc. Vor den Sommerferien wurden alle 27 Schulen besucht und Pläne für die passende Zuteilung von Mitarbeitern erstellt. Die Kommunikation mit dem Fachbereich 40 der Stadt läuft sehr gut, die Kommunikation in Schulen und Teams ebenso. Die Schulleitungen haben eine direkte Weisungsbefugnis für kleinere Dienstanweisungen direkt an die Schulbegleitungen erhalten. Aktuell wird an den Berichtsbögen der Mitarbeitenden zu monatlichen Rückmeldungen

gearbeitet (was waren seine/ihre Tätigkeiten, was gut läuft, was nicht gut läuft, wo kann was verbessert werden, wo muss konzeptionell nachgesteuert werden). Des Weiteren erfolgt eine Vernetzung und Absprache mit dem Gesundheitsamt sowie die Organisation von Weiterbildungen.

Herr Neumann-Szonn erfragt, wie sich die Dokumentation vorgestellt werden kann (Tages- oder Monatsberichte?) sowie wie diese technisch realisiert wird. Ebenso erfragt er, wie sichergestellt wird, dass auch die pädagogische Qualität der Arbeit der Schulbegleitungen gegeben ist.

Herr Greifenhagen führt aus, dass die schriftliche Dokumentation anonyme Monatsberichte zu Tätigkeiten sein sollen (was wurde im vergangenen Monat gemacht, ...). Dahinter liegt eine statistische Tabelle mit dem vorrangigen Ziel zum Nachweis der durchgeführten Tätigkeiten der Schulbegleitungen, die andernfalls Einzelfallhelfer durchführen würden (einfache Tätigkeiten, die von nicht-Fachpersonal erbracht werden).

Herr Kahl spricht großes Lob an Herrn Greifenhagen und sein Team aus. Die Kommunikation läuft gut und unkompliziert, bereits vor den Sommerferien wussten die Schulen, mit welchem Personal das neue Schuljahr gestartet wird.

Frau Puder war mit Frau Arnold vor den Ferien in der Christoph-Kolumbus-Grundschule bezüglich des Briefes an die Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung zum Abbau der Schulsozialarbeit und fragt, ob Herr Greifenhagen Informationen hat, wie es dort jetzt läuft? Herr Greifenhagen führt aus, dass er erst heute von der Grundschule eine E-Mail erhalten hat zu dem, was er verantwortet, und bescheinigt eine Zufriedenheit der Christoph-Kolumbus-Grundschule.

TOP 6.5

Ganzjährige Zugänglichkeit von Sportplätzen

Dokument: Liste mit Sportanlagen | [Thema aus der Jahresplanung 2025]

Kay Havenstein, SSB i.V. Stabstelle Sport der Stadtverwaltung

Herr Havenstein führt aus. Die zur Verfügung stehende Liste mit einer Auflistung von Sportanlagen ist gemeinsam mit dem Fachbereich 66 und dem Sportstättenbetrieb erstellt und zusammengeführt. Ein Großteil der Anlagen ist für die ganzjährige Nutzung zugänglich, im Winter eingeschränkt (durch z.B. fehlende Beleuchtung). Auch die Anlagen an der Spree sind größtenteils nutzbar, bis auf defekte Anlagen, an der Wiederherstellung wird gearbeitet. Die Skateranlage in der Neuen Straße ist aktuell nicht nutzbar, daran wird ebenso gearbeitet, dass die Anlage wieder hergerichtet wird.

Herr Kotzur fragt, wie der Begriff „öffentlich“ bei Anlagen gewertet werden muss: dürfen Sportanlagen an Schulen durch jedermann genutzt werden? Herr Havenstein erklärt, dass es Sportanlagen an der Schule sind, die nicht den Schulen zugehörig sind. Lediglich die Anlagen Nr. 32-35 auf der anhängen Liste sind eingezäunt und beschränkt zugänglich und den Schulen selbst zugehörig.

Herr Kotzur fragt, ob es allgemeine Öffnungs- und Schließzeiten gibt oder sind diese differenziert nach Stadtteilen, (Einwohner)Lage, o.ä.?

Herr Havenstein antwortet, dass die öffentlichen Anlagen 24 h/Tag zugänglich sind unter Beachtung der Ruhezeiten.

Herr Kotzur erkundigt sich zur Art der Beleuchtung auf der Anlage in der Hallenser Straße (Dauerbeleuchtung, mit Bewegungsmeldern, ...)? Welche Erfahrungen gibt es?

Herr Havenstein führt aus, dass die Beleuchtung individuell freigeschalten werden kann.

Frau Kirsten fragt, warum die Sportanlage in der Schlachthofstraße keine Berücksichtigung findet? Herr Havenstein erklärt, dass die Anlage zum Sportstättenbetrieb gehört und vom Verein in Gänze benutzt wird. Die Liste beschränkt auch auf Anlagen an Schulen und öffentlicher Zugänglichkeit. Wenn es auch um die Vereinsnutzung geht, könnte die Aufstellung der Liste um weitere Anlagen ergänzt werden. Herr Kotzur ergänzt hierzu, dass seine Anfrage zum Thema nur um öffentlich zugängliche Anlagen ging, nicht um vereinseigene Sportplätze.

TOP 7

Vorlagen der Verwaltung

Es lagen keine Vorlagen vor.

TOP 8

Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

TOP 8.1

Budget der Jugendhilfeplanung für die Bereiche der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Förderung der Erziehung in Familien in der Stadt Cottbus/Chóšebuz

Dokument: AT-36/25

Herr Kurth (Vorsitzender Jugendhilfeausschuss), Herr Raab (Vorsitzender Unterausschuss Jugendhilfeplanung) und Frau Gotzel (Fachbereichsleitung 51 Jugend) führen zum Antrag aus (siehe hierzu auch Livestream).

Herr Selka ist der Meinung, dass Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit untersucht werden sollten, was hilft, was nicht hilft, was wirklich Prävention sein kann und ob diese wirkt. Zudem sollte immer wieder hinterfragt werden, wie die Zielgruppen erreicht werden und ob veraltete Herangehensweisen angepasst werden müssen sowie ob eine übergreifende Betrachtung (Stadtteile, mit Kultur, etc.) notwendig wird. Herr. Dr. Kaun weist darauf hin, dass die Studienlage klar heraushebt, dass präventive Maßnahmen wirksam sind. Herr Raab führt dazu u.a. aus, dass der nun zweijährige Planungsprozess Wirksamkeit erproben und evaluieren soll. Der jetzige Planungsprozess unterscheidet sich von den vorhergehenden und stellt Sozialräume und Bedarfe in diesen in den Mittelpunkt. Diese zwei Jahre des Planungszeitraums können als Modellprojekt gesehen werden.

Herr Schöngarth stellt heraus, dass der Ausgaben der Stadt für solche Projekte bereits in einer Höhe vorliegen, die die Möglichkeiten der Stadt übersteigen. Er findet es nicht angemessen, diese Ausgaben noch zu erhöhen, so dass sich Vereine bereichern, Zahlen oder weiteres bei Nachfragen jedoch nicht geliefert werden können. Er ist der Meinung, dass das Budget eher noch eingekürzt werden sollte. Herr Kurth widerspricht dem: wir befinden uns

in einem herausfordernden haushälterischen Prozess und diese Darstellung unterstellt eine Misswirtschaft in der Stadtverwaltung, die er nicht bestätigen kann und welche er verweigert. Frau Kircheis stellt ergänzend klar, dass Herr Schöngarth eine fatale Behauptung wiedergibt, dass Vereine eine wertvolle Arbeit machen.

Frau Spring-Räumschüssel empfiehlt, erst einmal die Haushaltsklausuren abzuwarten und darüber zu schauen, was sich die Stadt leisten kann. Herr Kurth ist verwundert, dass dieser Einwand im Rahmen der bisher geführten Haushaltsdebatten sehr spät kommt. Es wurde so geplant, dass man in diesem Prozess einsteigen kann, um eine Prioritätensetzung im Haushalt zu erwirken. Frau Spring-Räumschüssel vertritt eine andere Auffassung, da sie gerne das Gesamtwerk Haushalt betrachten möchte.

Herr Dr. Wunsch schließt sich der Meinung von Herrn Selka an und empfiehlt eine Ablehnung des Antrags.

Herr Kotzur fragt, warum die durch Expertinnen und Experten erarbeiteten Inhalte in dem Prozess des Familien- und Jugendförderplans in Frage gestellt werden und er empfiehlt Vertrauen in diese Ergebnisse.

Frau Arnold fragt nach der Differenz zu den ursprünglich fehlenden 690.000 € vs. jetzt fehlenden 2 Mio. Euro? Sie empfiehlt, dass die Kommune wieder mehr in Selbstverwaltung kommt und weniger über Träger, andere Strukturen, Rechtsansprüche etc. geregelt wird. Frau Gotzel erklärt zu den Zahlen im Haushalt, dass in der Mittelfristplanung dem Jugendamt auferlegt wurde, eine Verringerung des Budgets um 20 % umzusetzen. Frau Belle ergänzt zur Differenz, dass sich diese zusammensetzt aus der Verringerung der Mittel ab 2026 gegenüber 2025 vs. des nun über die Bedarfsplanung und der eingegangenen Anträge gezeigten Mittelbedarfes. Frau Arnold ergänzt am Beispiel MPT, dass im Voraus Alarmismus zu diesem Thema auftritt. Jedoch muss in der aktuellen Haushaltslage „der Gürtel enger geschnallt werden“, und dies wird auch die Jugendhilfeplanung betreffen.

Herr Neumann-Szonn findet, mit Verweis auf Sachsendorf und gegen dem Aufrechterhaltung der Jugendhilfeplanung, dass es an Überheblichkeit grenzt zu denken, man könnte mit weniger Prävention mehr Kindern helfen und aus schwierigen Situationen holen. Es herrscht schon nur eine 70 % Bedarfsdeckung vor, bei Kürzung fällt selbst dies zurück.

Herr Schöngarth stellt einen Antrag auf 2. Lesung.

Herr Dr. Kaun stellt den Antrag zur Abstimmung:

Ja: 6 | Nein: 5 | Enthaltung: 0 > 2. Lesung des Antrags wird empfohlen.

Herr Kurth wünscht ein Stimmungsbild des Ausschusses zum Antrag, dass Herr Dr. Kaun wie folgt einholt: Ja: 5 | Nein: 4 | Enthaltung: 2

TOP 8.2

Antrag auf Bürokratieabbau in unseren Schulen

Dokument: AT-32/25

Frau Puder führt zum Antrag aus.

Herr Kotzur fragt an die Antragstellende Fraktion, was die Stadtverwaltung zum Antrag gesagt hat und ob diese im Voraus gefragt wurde. Dies wird von Frau Puder verneint.

Herr Kahl als Schulleiter bestätigt die Arbeitslast an Verwaltungsaufgaben. Aktuell gibt es Bestrebungen im MBS, ein Entlastungspaket zu schnüren, was jedoch differenziert betrachtet werden muss. Sein Gefühl ist, dass seitens Kommune und Schulamt viel mit dem MBS gesprochen wird und er sieht demnach keinen Sinn, den Antrag weiter zu verfolgen.

Herr Neumann-Szonn fragt an die Fraktion, welche Bestrebungen diese dazu bereits im Landtag gezeigt hat? Frau Arnold führt aus, dass die Fraktion keine Fraktionskollegen im Landtag hat, da sie nur eine kommunale Fraktion ist. Dieser Antrag ist gerade eine Lernerfahrung und sie würde sich dies zusammen mit anderen Fraktionen auf die Fahne schreiben wollen. Die Fraktion möchte über diesen Antrag eine Rückkopplung im Ausschuss, ob die Probleme auch gesehen werden.

Herr Kotzur empfiehlt nochmals, vorher mit der Verwaltung zu sprechen.

Frau Wallstein findet das Ansinnen gut, aber erklärt, dass die Zuständigkeit woanders liegt. Sie fragt, was genau die Stadt machen soll und ob die Fraktion dahingehend Vorschläge machen kann. Sie führt aus, dass der Antrag abzulehnen ist, da es eine bestehende Verwaltungstätigkeit ist.

Herr Dr. Wünsch empfindet den Antrag als vernünftig, da damit Öffentlichkeit für das Thema hergestellt wird. Herr Schöngarth liest den Antrag als eine kommunale Willensbildung für einen Ruf nach Potsdam.

Frau Arnold hätte gerne jmd. aus dem Ministerium oder der Verwaltung, der zu diesem Thema Genaueres erläutert (Entlastungspaket – Umfang, Maßnahmen, Zeitpunkt). Frau Wallstein schließt sich dem Wunsch an und unterstützt den Wunsch nach einem Sprecher/einer Sprecherin zum Thema. Sie gibt den Hinweis, dass diese Ausführungen dann Cottbus-Bezug haben müssen und nicht für das ganze Land Brandenburg gelten. Sie bittet in diesem Zuge, den Antrag fallen zu lassen/zurückzuziehen.

Herr Dr. Kaun bittet Frau Arnold um konkrete Fragen zum Thema, die über Dr. Kaun bzw. die Verwaltung an das Staatliche Schulamt weitergeleitet werden.

Frau Arnold stellt den Antrag zurück.

Herr Dr. Kaun bittet um Zuarbeit der Fragen bis zum 30.10.2025 ihn/die Verwaltung (sozialdezernat@cottbus.de), über welche es gesammelt an das Staatliche Schulamt geleitet wird mit der Bitte der Ausführungen im Ausschuss am 27.11.2025.

TOP 9

Sonstiges

TOP 9.1

Erste Informationen zur Kulturstrategie Cottbus/Chóšebuz

Dokument: Präsentation

Gabriele Grube, Fachbereichsleitung 41 Kultur, Stadtverwaltung

Frau Grube führt aus. Hervorzuheben ist, dass es bisher keine Kulturentwicklungsplanung (KEP) für die Stadt gibt, diese soll nun erarbeitet werden.

Herr Schöngarth fragt zur Folie 6, warum bisher keine Angebote in Schmallwitz oder Sachsendorf vorhanden sind. Frau Grube erläutert, dass die Aufstellung in der Präsentation nicht vollständig ist. Aber auch, dass die Einbindung von ländlichen Stadtteilen eine ganz zentrale Frage in der KEP ist. Herr Schöngarth benennt ergänzend, dass Cottbusverkehr GmbH in die KEP mit einbezogen werden muss.

Herr Kotzur fragt, wie sich diese KEP in bestehende Kulturpläne einbettet und was das Alleinstellungsmerkmal bzw. der Mehrwert dieses Plans sein soll? Frau Grube erklärt, dass es einen strategischen Effekt dahingehend hat, dass Fördertöpfe anzapfbar sind, wenn es in strategischen Papieren benannt wird. Vor allem aber sind in bestehenden Papieren für die Stadt Cottbus stadträumlich selbst keine genauen/konkreten Themen der Kultur benannt. In diesem Prozess soll fokussiert auf die Stadt geschaut werden, wie wir selbst die Kultur definieren, wie wir die Kultur in der Stadt aufstellen wollen, welche Defizite vorliegen, gibt es intelligente Betreiberkonzept, können wir als Stadtverwaltung bestimmte Themen vorantreiben und Haushaltsmittel einplanen, um andere in die Lage zu versetzen, Dinge zu entwickeln und welche Erwartungen werden von der Stadtgesellschaft für die Stadt gewünscht.

Herr Neumann-Szonn hält fest, dass der erste Eindruck sehr sinnvoll klingt. Aber Phänomene wie das Klubsterben sollten Eingang finden. Er fragt, wie sich der Beirat zusammensetzen soll, ob es da schon Ideen gibt? Frau Grube führt aus, dass es noch keine Pläne zur Zusammensetzung des Beirates gibt, es können gerne Empfehlungen gegeben werden denn es soll eng mit der Zielgruppe gemeinsam gemacht werden. Es wird jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis dieser ins Leben gerufen wird.

Frau Arnold weist auf das Individualitätsprinzip der Kultur hin. Herr Selka hält fest, dass es um geförderte und um nicht geförderte Kultur gehen wird im KEP. Herr Schwarzer stimmt dem Ansatz der freien Entwicklung grundsätzlich zu, aber weist darauf hin, dass man gerade als junger Mensch wenig Geld für solche Entwicklungen hat. Er hebt hervor, dass bürokratische Hürden oft ein Problem sind, wenn etwas organisiert wird, und daran mitgearbeitet werden sollte.

Frau Wallstein fragt, wie die Stadt sicherstellen kann, dass kleinere, individuellere kreative Angebote bestehen und eine Daseinsberechtigung haben können, gleichzeitig nicht abgeschnitten sind von finanzieller Unterstützung, wenn sie nicht 1:1 in die Strategie passen? Frau Grube begrüßt die inhaltliche Diskussion und nimmt mit, dass die Freiheit und nötige Räume für Kultur Eingang in die KEP finden, im gemeinsamen Austausch aller Stakeholder.

TOP 9.2

Anfrage des Kreisschulbeirates zur Schule des Zweiten Bildungsweges Dokument: Anfrage des KSB und Antwort des Staatlichen Schulamtes

Die Antwort des Staatlichen Schulamtes liegt vor und ist dem KSB schriftlich zugegangen, ist allerdings nicht befriedigend.

TOP 9.3 – Herr Schöngarth: Stand des Einbaus des Notfallgefahrenreaktionssystems (NGRS) an Cottbuser Schulen

Herr Kochan führt aus: darunter wird eine Art Gegensprechanlage in jedem Klassenraum verstanden, über welches in Gefahrensituationen im Schulgebäude kommuniziert werden kann. Je Schule belaufen sich die Kosten des Einbaus auf ca. 100 T€. Die benötigten technischen Voraussetzungen sind durch den Digitalpakt in allen Schulen bereits soweit gelegt worden, wie es im Rahmen von Rekonstruktionsmaßnahmen bisher möglich war. An einigen Schwerpunktschulen wird nun eine Nachrüstung über Haushaltsmittel erfolgen. Dies bedarf jedoch eines längeren Zeitraums, so dass mit einer Software-Lösung eine Zwischenlösung geschaffen wird, so dass im Bedarfsfall eine Kommunikation möglich ist.

Herr Kochan reicht für das Protokoll nach, wie viele Schulen das Notfallgefahrenreaktionssystem bereits eingebaut haben.

[Nachtrag zum Protokoll: Das NGRS wurde bisher an folgenden Schulen verbaut: Astrid-Lindgren-Grundschule, Theodor-Fontane-Schule, 1. BA der Spreeschule, Ludwig-Leichhardt-Gymnasium Haus A. Darüber hinaus wurden Alarmierungsanlagen ohne Gegensprechanlage in allen nach 2013 sanierten Schulen eingebaut.]

TOP 9.4 – Nachfragen zur MSA II

Herr Kahl fragt im Auftrag von Herrn Raabes zu MSA II. Laut Zeitungsbericht aus der LR kann die Stadt mit 18 Stellen rechnen. Er stellt die Fragen:

- 1) In wie weit sind Schulen vom Stellenwegfall ab dem 0.01.2026 langfristig betroffen?
- 2) Gibt es einen Plan B, wie die restlichen 16,5 Stellen erhalten bleiben?
- 3) Besteht die Möglichkeit, die existierenden Personen mit unbefristeten Arbeitsverträgen auf den Stellen zu lassen, in welchen sie sich in den vergangenen Jahren eingearbeitet haben?

Frau Belle führt aus, dass eine vorläufige schriftliche Zusage seitens MIK vorliegt, das Landesaufnahmegesetz im Januar 2026 zu ändern und den Verteilschlüssel wieder auf die Fallpauschale SGB II zurückzunehmen. Dennoch sind insgesamt die Haushaltsmittel verringert, so dass die Stellen über die MSA II nur mit ca. 18 Stellen zugesagt sind. Wie die Verteilung dieser Stellen aussehen wird, ist noch nicht ganz klar. Sie sollen jedoch weiterhin auch für Schulsozialarbeit („Migrationssozialarbeit an Schulen“) eingesetzt werden. Zudem wird niemand gekündigt, wer einen unbefristeten Vertrag mit der Stadt hat. Aktuell wird die Teilfachplanung Schulsozialarbeit erarbeitet. Diese ist Grundlage für die Arbeit an den Schulen.

Frau Wallstein weist darauf hin, dass Träger eine Planungssicherheit brauchen bzgl. der Mitarbeitenden. Wann kann die Stadt dahingehend eine Info oder ein Signal an die Träger geben? Frau Belle erklärt, dass man derzeit noch keine klare Aussage geben kann, intern die Planungen allerdings anlaufen. Bis Ende Oktober 2025 soll eine Richtung ausgegeben werden können, jedoch werden keine Versprechungen ohne fixe Zahlen seitens Ministerium gemacht. Dennoch: es kann weitergeben, ein Teil der Stellen wird für die Migrationssozialarbeit an Schulen genommen.

Ergänzend:

Frau Belle ergänzt den Hinweis auf den morgigen Tag der deutschen Einheit und das entsprechende Programm sowie die Vielzahl an weiteren Aktivitäten zum Feiertag.

Herr Dr. Kaun schließt die Sitzung des öffentlichen Teils um 19:42 Uhr

Cottbus/Chóšebuz, 17.10.2025

gez. Dr. Mario Kaun

Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Sport, Kultur und sorbische/wendische
Angelegenheiten